

## Die politische Ökonomie des Finanzkapitalismus als eigentliche Ursache der multiplen Krisen

### Christoph Butterwegge (2024): Deutschland im Krisenmodus. Infektion, Invasion und Inflation als gesellschaftliche Herausforderung

Weinheim: Beltz Juventa, 270 Seiten, ISBN 978-3-7799-8241-8 (Print) 24,00 Euro



Mit seiner Studie „Deutschland im Krisenmodus“ legt der bekannte Armutsforscher Christoph Butterwegge eine aktualisierte und überarbeitete Neuauflage seiner 2022 erschienenen Veröffentlichung „Die polarisierende Pandemie“ vor. In dieser Neuveröffentlichung analysiert er die durch die Covid-19-Pandemie bedingten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verwerfungen

(Kap. 1) sowie Auswirkungen der Pandemie auf die Geschlechter und die Generationen (Kap. 2). Im dritten Kapitel untersucht der Autor die Folgen der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten auf Deutschland sowie die politischen Auseinandersetzungen um die Kindergrundsicherung und den Bundeshaushalt als Beispiele für eine sozialpolitische Zeitenwende. Im abschließenden vierten Kapitel werden die Folgen für den Wohlfahrts- und den Steuerstaat beschrieben.

Zu Beginn seiner Ausführungen zur Corona-Pandemie stellt Butterwegge fest, dass Kriege und Krisen oftmals Kollektive stärken, da sie deren Bestrebungen für gemeinsame Problemlösungen unterstützen. Im Gegensatz zu dieser Beobachtung sei die zurückliegende Pandemie ein polarisierendes Ereignis gewesen. Allerdings sei diese nicht die tatsächliche Ursache für die zunehmenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ungleichheiten, aber in dieser geschichtlichen Ausnahmesituation hätten sich diese verschärft und seien wesentlich deutlicher sichtbar geworden. Der eigentliche Ursprung für die sich zuspitzenden Krisen sei die politische Ökonomie des Finanzkapitalismus, die u. a. die Ursache für die zunehmende Konzentration der Vermögen auf wenige (Unternehmer-)Familien sei.

Während sich zwischen 1993 und 2018 das Nettovermögen der oberen Hälfte der Vermögensbesitzer\*innen mehr als verdoppelt habe, sei im gleichen Zeitraum das Vermögen der ärmeren Hälfte der Bevölkerung geschrumpft. Der Autor verweist in diesem Zusammenhang auf die Zusammensetzung der privaten Vermögen: Reiche verfügen überwiegend über Kapitalvermögen, Unternehmen und hochwertigen Immobilienbesitz. Dagegen

besteht das Vermögen der ärmeren Bevölkerungshälfte vorwiegend aus Sparguthaben, die nur geringe Zinsen abwerfen.

Die mangelnde statistische Transparenz auf die Verteilungsrelationen erleichtere es Wirtschaftslobbyisten und Neoliberalen, diese zu leugnen. Bezogen auf die bestehenden Einkommensunterschiede habe die Pandemie gezeigt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung nicht einmal wenige Wochen ohne ungeschmälerter Einkommen auskommen könne. Hauptleidtragende der Pandemie seien Wohnungs- und Obdachlose (2018: 678.000 bzw. 41.000) sowie Asylsuchende und Bedürftige, die häufig auf Lebensmitteltafeln angewiesen seien, sowie Beschäftigte in der Fleischindustrie gewesen. Zusammenfassend beschreibt Butterwegge Arme als Krisenverlierer und Reiche als Krisengewinnler.

Ausführlich geht der Armutsforscher auf die staatlichen Unterstützungsleistungen für Unternehmen während der Pandemie ein. Seiner Auffassung nach sei es umstritten, ob der Staat Entschädigungen an Unternehmen hätte leisten müssen. Kritisch sieht er die staatliche Unterstützung beispielsweise an BMW, da der Konzern staatliche Unterstützungsleistungen erhalten habe, aber gleichzeitig 1,64 Mrd. Euro Dividende ausgezahlt habe, davon 769 Millionen an die Großaktionärin Susanne Klatten und Großaktionär Stefan Quandt. Dagegen sei es in Frankreich, Dänemark und in den Niederlanden verboten gewesen, Gewinne an subventionierte Unternehmen auszuschütten. Butterwegge bezeugt mit diesen Hinweisen den Klassencharakter der staatlichen Finanzhilfen; ihr Ziel sei insbesondere die Stabilisierung der Liquidität und die Wiederherstellung der Profitabilität von Unternehmen gewesen (vgl. S. 43).

Neben den verschiedenen Bevölkerungsgruppen waren auch die Geschlechter sowie einzelne Altersgruppen häufig in unterschiedlicher Art und Weise von der Pandemie betroffen. Bezogen auf die Geschlechter verweist Butterwegge darauf, dass Mütter im Vergleich zu Vätern in den wiederholten Lockdowns besonders stark belastet waren. Sie hätten unter der Dreifachbelastung als Arbeitnehmerin, Erzieherin/Lehrerin und Kinderbetreuerin besonders gelitten. In Bezug auf die Generationen hebt der Autor die besonderen Belastungen für Kinder und Jugendliche sowie die ältere Generation hervor. Für erstere waren die über einen Zeitraum von etwa zwei Jahren anhaltenden Beschränkungen und Unsicherheiten eine in Bezug auf ihre Lebenszeit – relativ gesehen – deutlich längere Lebensspanne als für Erwachsene: „Gerade in der Adoleszenz wirken aufgezwungene Vereinzelung, Vereinsamung und soziale Isolation, die für junge Menschen mit dem wiederholten Lockdown bisweilen verbunden waren, deprimierend und demoralisierend“ (S. 114).

Bezogen auf die ältere Generation wird vor allem die Situation in der Altenpflege kritisch analysiert. Die bekannten und bereits oft kritisierten Zustände in Alters- und Pflegeheimen seien verantwortlich für die hohen Sterbezahlen. Allerdings sei dieser Bereich bereits vor der Pandemie kaputtgespart worden und dieses sei die Ursache für die dramatischen Zustände.

Im dritten Kapitel werden zunächst die unterschiedlichen Positionen in der deutschen Politik zum Ukrainekrieg und den Nahostkonflikt behandelt. Kritisiert wird u. a. die „Zeitenwende-Rede“ des Bundeskanzlers, da er nicht nach den Wurzeln des eskalierenden Konflikts gefragt habe. Butterwegge kritisiert, dass weite Teile der deutschen Öffentlichkeit und der Parteien die Vorgeschichte des Ukrainekrieges tabuisieren würden. Vor dem Angriffskrieg der russischen autoritären Staatsführung – Butterwegge kritisiert die Formulierung „Putin-Krieg“, wenngleich er Putin als Hauptverantwortlichen für den Angriffskrieg bezeichnet – sei die Ukraine in Deutschland schlecht beleumdet gewesen, da sie „(w)ahrscheinlich das korrupteste Regime Europas“ (S. 139) und das Land mit der vermutlich größten Vermögensungleichheit in Europa sei. Die Ausdehnung der NATO in Richtung Osteuropa erkläre zwar Russlands (Über-)Reaktion, entschuldige sie aber nicht. Ebenso wirft der Verfasser Israel eine militärische Überreaktion vor und verweist auf die jahrzehntelangen Wurzeln des Hamas-Angriffs.

Vor diesem Hintergrund kritisiert Butterwegge die deutschen Waffenlieferungen sowohl an die Ukraine als auch an Israel. Er wirft dem Westen eine Doppelmoral vor: Während er die russischen Angriffe auf zivile Einrichtungen in der Ukraine kritisiere, würden großflächige israelische Bombardements als Selbstverteidigungsrecht Israels legitimiert.

Insbesondere der Ukraine-Krieg hat in Deutschland zu einem deutlichen Anstieg der Militärausgaben geführt. Beispiele hierfür sind das 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr und das zwischenzeitlich erreichte Ziel, zwei Prozent des BIP für Rüstungsausgaben auszugeben. Butterwegge sieht durch diese Maßnahmen den sozialen Frieden in Deutschland zunehmend gefährdet und präferiert statt des Sondervermögens für die Bundeswehr 100 Milliarden Euro Mehrausgaben für Soziales. Anhand der Themen Energiepreisexplosion und Inflation, Kindergrundsicherung, zunehmende Erderwärmung und der Konsolidierungsmaßnahmen der Ampelkoalition weist er auf der einen Seite nach, wie hoch der Finanzbedarf für soziale und ökologische Maßnahmen ist und wie auf der anderen Seite gerade in diesen Bereichen zugunsten der Rüstungsausgaben gespart wird. Notwendig sei daher ein grundlegender Kurswechsel. Da die für den Kapitalismus konstitutive Ungleichheit zu einem sozialen und ökologischen Desaster führen würde, müsse „dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem baldmöglichst überwunden werden [...], damit die Menschheit überleben kann“ (S. 188).

Im letzten Kapitel über die „Lehren aus den schweren Krisen“ stellt Butterwegge fest, die wichtigste Lehre aus den zurückliegenden Krisen sei die Erkenntnis, dass man nicht

den Marktkräften vertrauen dürfe. Während der Covid-19-Pandemie seien infolge des neoliberalen Denkens statt „Solidarität“ Begriffe wie „Eigenverantwortung“, „Selbstvorsorge“ und „Privatinitiative“ beschworen worden (vgl. S. 214). Beispielsweise habe der Primat der Ökonomisierung im Alten- und Pflegebereich eine gute, wohnortnahe Gesundheitsversorgung gefährdet. Krankenkassenbeiträge seien in Dividenden von privaten Pflege- und Gesundheitseinrichtungen umgewandelt worden.

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen als Antwort auf die durch die jüngsten Krisen angestiegene soziale Ungleichheit lehnt der Autor ab. Denn hinter dieser Forderung stände die falsche Vorstellung, „man könne Egalität ohne grundlegende Gesellschaftsänderung schaffen“ (S. 222). Als langfristige Alternative zum bedingungslosen Einkommen müsse ein inklusiver Sozialstaat errichtet werden, der auf einer solidarischen Grundsicherung basiere. Als weitere Lehren aus den multiplen Krisen schlägt Butterwegge verschiedene konkrete Maßnahmen zur Entlastung der Inflationsfolgen sowie eine Übergewinnsteuer vor. Im Schlusssatz zieht er folgendes Fazit im Hinblick auf mögliche zukünftige Krisen: „Nur wenn das neoliberale Denken nicht bloß in den Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsdiensten, sondern auch im Wirtschafts- und Geschäftsleben zurückgedrängt wird, kann die Gesellschaft künftig möglicherweise sogar vermehrt auf sie zukommende Krisen lösen“ (S. 246).

Christoph Butterwegge verdeutlicht in der hier vorgestellten Studie, dass in den von ihm beschriebenen multiplen Krisen stets die ärmeren Bevölkerungsschichten besonders hart von diesen Krisen betroffen waren und sind. Untermauert wird diese Feststellung durch aktuelle empirische Forschungsergebnisse, welche die wachsende Vermögens- und Einkommenskluft zwischen Arm und Reich belegen, und durch die Folgen von politischen Beschlüssen und Maßnahmen, die dem Gedanken gut des Neoliberalismus folgen und einseitig die Unternehmensinteressen unterstützen. Diese Einsichten sind nicht neu, aber es gelingt Butterwegge überzeugend, für seine Aussagen immer wieder konkrete Beispiele und Ereignisse anzuführen.

Seine gut verständlichen Ausführungen und die klare Gliederung und Strukturierung seiner Überlegungen und Argumente können Leserinnen und Lesern eine Orientierung in der gegenwärtigen Weltsituation geben, die u. a. durch wachsende soziale Ungleichheit, autoritäre politische Strömungen und ökologische Katastrophen geprägt ist. Daher kann das Buch „Deutschland im Krisenmodus“ Lehrerinnen und Lehrern nachdrücklich zur Lektüre empfohlen werden; Lernende in der Sekundarstufe II können es beispielsweise für den sozialwissenschaftlichen Unterricht auch als Grundlage für Referate heranziehen.

*Ludwig Heuwinkel, Bielefeld*